

ARTIKEL

: Zerstritten, unfähig, aber dennoch nicht ungefährlich – extrem rechte Parteien und ihre Aktivitäten in Hessen

hessische jugend 2_2013 | Wer die Wahl hat... Jugend.Politik.Wahlen.

Von Verena Grün

Der folgende Artikel ist die komplette Fassung des gekürzten Texts von Verena Grün in der gedruckten Ausgabe der „hessischen jugend“ (S. 19f).

SCHWERPUNKT | „Raus aus dem Euro – Gegen Euro und Großkapital“, mit diesem Slogan warb die NPD ein ganzes Jahr lang für eine „Großkundgebung“ am 1. Mai 2013 an der Europäischen Zentralbank in Frankfurt/ Main. Aufgrund eines Verbots seitens der Stadt musste der Versammlungsort im Vorfeld zum Ostbahnhof verlegt werden. Doch dorthin schafften es am 1. Mai nur elf NPD-Anhänger_innen, den übrigen gelang es bedingt durch Schienen- und Straßenblockaden nicht, in die Stadt zu kommen. Infolgedessen hielten etwa 150 NPDler_innen eine Kundgebung in Hanau ab und konnten auch ein Stück – zum Teil ohne Polizeibegleitung – durch die Stadt laufen.

Dass noch nicht mal 200 Teilnehmer_innen nach Frankfurt – beziehungsweise Hanau – mobilisiert werden konnten, kann symbolisch für die Schwäche der (hessischen) NPD gelesen werden. Bei den Wahlen zum hessischen Landtag im Januar 2009 erhielt die Partei 0,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei den Kommunalwahlen im März 2011 kam sie sogar nur auf 0,4 Prozent der abgegebenen Stimmen, konnte jedoch insgesamt 12 Mandate erringen. In einzelnen Regionen kann durchaus von einer kommunalen Verankerung gesprochen werden. Zu den kommenden Bundestags- und Landtagswahlen wird ein Wahlantritt angestrebt, zur Zulassung müssen jedoch 2000 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden.

Die NPD

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist heute die bedeutsamste Partei im extrem rechten Spektrum. Sie hat zweimal in Folge in Fraktionsstärke den Einzug in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern geschafft und hat bundesweit zahlreiche Mandate auf kommunaler Ebene inne. Regional unterschiedlich intensiv ist die Zusammenarbeit mit den nicht-parteilich organisierten Gruppierungen, den sogenannten „Freien Kräften“. Nach der „Fusion“ mit der Deutschen

Volkunion (DVU) – faktisch hat die NPD sich die Reste dieser Partei einverleibt – ist ihre größte Konkurrenz von der politischen Bühne verschwunden. Ob die neugegründete Partei „Die Rechte“ oder das neue Verbotsverfahren sie um diese Position bringen wird, wird sich zeigen.

Die NPD ist 1964 gegründet worden. Ende der 60er Jahre erlebte sie eine Hochphase mit dem Einzug in mehrere Landtage, unter anderem 1966 in den hessischen Landtag. 1969 scheiterte sie mit 4,3 Prozent am Einzug in den Bundestag. Flügelkämpfe, Mitgliederverluste und Wahlniederlagen führten sie in den folgenden Jahren in die politische Bedeutungslosigkeit. Erst die Öffnung der Partei für militante Neonazis des Kameradschaftsspektrum in den 90er Jahren stoppte diese Entwicklung und brachte die Partei zu ihrer heutigen Stellung innerhalb der Szene.

2001 bis 2003 lief ein Verbotsverfahren gegen die Partei. Dieses musste jedoch eingestellt werden, da auch in der Führungsebene der Partei „Verbindungsleute“ (V-Leute) des Verfassungsschutzes waren, also NPDler_innen, die dem Geheimdienst gegen Bezahlung oder Straferleichterungen Informationen liefern. Dies sahen die Richter_innen des Bundesverfassungsgerichts als Verfahrenshindernis an, trafen folglich keine Aussage zur Verfassungsmäßigkeit der Partei. Die NPD ging eher selbstbewusst aus diesem Verfahren heraus. Szeneinterne Streitigkeiten wie auch Finanznöte schwächen die Partei zur Zeit jedoch deutlich. Nun wird der Bundesrat einen erneuten Verbotsantrag stellen. Ob er erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten.

Auch wenn die NPD das Adjektiv demokratisch in ihrem Namen führt und sie bislang eine legale Partei ist, darf ihr demokratischer Charakter getrost in Zweifel gezogen werden. In ihrem Parteiprogramm bezieht sie sich auf „die Volksgemeinschaft“, die auch Grundlage nationalsozialistischer Ideologie war. Gemeint ist eine Gemeinschaft, in der alle „Deutschen“ per Abstammung miteinander verbunden sind. Daher dürfe es „grundsätzlich ... für Fremde in Deutschland kein Bleiberecht geben, sondern nur eine Rückkehrpflicht in ihre Heimat“ (s. Parteiprogramm). Fremde sind all jene ohne „deutsche Abstammung“. Noch deutlicher tritt der zugrunde liegende Rassismus in einer Argumentationshilfe für Funktionsträger zutage: „Längst ist erwiesen, daß das Erbliche bei Individuen wie bei Völkern und Rassen gleichermaßen für die Ausbildung körperlicher wie nicht-körperlicher Merkmale verantwortlich ist. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, egal, wie lange sie in Deutschland leben“, heißt es dort.

Die NPD in Hessen: Am Ende?

Seit der Landtagswahl 1966 konnte die NPD nur in einzelnen Regionen in Hessen Wahlerfolge verbuchen. Wölfersheim (Wetterau) und Ehringshausen (Lahn-Dill-Kreis) waren lange Zeit die Hochburgen der hessischen NPD. 1997 erreichten sie bei der Kommunalwahl in beiden Gemeinden knapp 23 Prozent der Stimmen. 2011 lagen sie in Wölfersheim noch immer über 5 Prozent, in

Ehringshausen jedoch hat die Partei erst gar nicht kandidiert. Diese Erfolge konnte die NPD dort verbuchen, wo sie vor Ort verankertes Personal hat. In Ehringshausen war das die Familie Zutt und ihr Laden „Patriotentreff“; bis das Ehepaar 2008 nach Mecklenburg-Vorpommern zog.

Doch auch jenseits von Wahlen ist der Zustand der hessischen NPD alles andere als rosig. Die Mitgliederzahl ist gering, funktionierende Kreisverbände gibt es nur in der Wetterau, dem Main-Kinzig-Kreis, dem Lahn-Dill-Kreis und in Fulda bzw. Hersfeld-Rothenburg. Und auch dort bleiben die Aktivitäten äußerst gering. Die gelegentlichen Infostände und Flugblattverteilaktionen werden auf den parteieigenen Internetseiten zwar stets als große Erfolge dargestellt, bringen jedoch kaum Außenwirkung. Da helfen auch keine Eselsmasken¹, die manchmal bei Infoständen übergezogen werden, um Aufmerksamkeit zu erregen. Sonstige Aktivitäten richten sich ausschließlich an die eigene Szene, wie der „Tag der Nationaldemokratie“, eine Rednerveranstaltung, die im März in Leun im Lahn-Dill-Kreis stattfand oder sonstige „Schulungsveranstaltungen“. Manchmal versucht man auch, sich bewusst bürgernah und ortsverbunden zu präsentieren: Ebenfalls im März hatte die Bundespartei einen „Sozialen Tag“ ausgerufen. Diesen füllte eine kleine Gruppe von NPDlern damit, eine Wiese in Hanau von Müll zu reinigen. Gleichzeitig versucht sich die hessische NPD immer wieder an großen Veranstaltungen. Nicht nur am 1. Mai 2013 sollte eine „Großkundgebung“ in Frankfurt als eine der beiden zentralen bundesweiten NPD-Veranstaltungen stattfinden, bereits 2011 rief die NPD Hessen zu einer „bundesweiten Demonstration“ nach Gießen. Hier wurde zwar nicht die Anreise verhindert, auch die Versuche, den Aufmarsch zu blockieren, scheiterten, doch die Teilnehmerszahl von lediglich 130 Neonazis war alles andere als ein Erfolg. Zwar reisten Aktivist_innen aus einigen anderen Bundesländern an, die Beteiligung aus Hessen war jedoch äußerst gering.

2011 war noch Jörg Krebs Landesvorsitzender der NPD. Der bieder wirkende Frankfurter Stadtverordnete ist bereits seit 1999 NPD-Mitglied. In der Szene verankert oder gar eine interessante Figur für jüngere Aktivisten ist er jedoch nicht. Seine Ablösung durch Daniel Knebel aus Altenstadt (Wetterau) 2012 hat dies ändern und die NPD aus ihrer Krise führen sollen. Bisher ist davon jedoch nichts zu bemerken. Im Gegenteil: Das Verhältnis zwischen NPD und „Freien Kräften“ in Hessen scheint eisig zu sein. Strukturen wie das Freie Netz Hessen oder die Nationalen Sozialisten Ried mobilisierten auf ihren Homepages für den 1. Mai ausschließlich nach Würzburg, wo sie dann auch hinreisten. Der in Frankfurt geplanten Veranstaltung widmeten sie kein einziges Wort.

Unter Marcel Wöll, dem Vorgänger Krebs', war dies anders. Aus dem Kameradschaftsspektrum stammend gelang es ihm eine zeitlang, jüngere, aktivistischere Leute für die Partei zu gewinnen und ihre Strukturen zu beleben. Mit dem „Nationalen Wohnprojekt“ in Butzbach-Hochweisel und dem

¹Mit diesen Auftritten wird an eine Aktionsform um den Neonazikader Michael Kühnen angeknüpft, die mit Eselsmasken und Schildern, auf denen „Ich Esel glaube immer noch, dass in deutschen KZ Juden vergast wurden“ zu lesen stand, auftrat.

Projekt „Volksfront-Medien“ setzten er und sein Umfeld deutliche Akzente. Wenn der „Erfolg“ auch nur von kurzer Dauer war, zeigte er dennoch, dass die NPD mit dem „richtigen“ Personal auch attraktiv für junge Menschen sein kann. Und bei allem Dilettantismus geht von Neonazis immer auch eine Gefahr aus für Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen. So gehörte der Haupttäter der Gruppe, die 2007 ein Zeltlager der Linksjugend solid am nordhessischen Neuenhainer See überfiel und ein junges Mädchen mit einem Klappspaten attackierte und schwer verletzte, zu der Clique um Wöll. Auch zeigt sich in den Orten, wo die NPD dauerhaft präsent ist, dass es ihr gelingt, sich als Partei wie jede andere darzustellen und von Teilen der Bevölkerung akzeptiert zu werden. Gerade wo sie verankert ist oder auch Teile der Jugendkultur prägt, müssen andersdenkende Jugendliche jedoch oftmals um ihrer körperliche Unversehrtheit fürchten.

Die JN: Schulhof-CD, Aufmärsche, Zeltlager

Während die NPD gerade kaum Unterstützung von anderen Teilen der Szene erfährt, ist ihre Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten, gut vernetzt mit „Freien Kräften“. Im Sommer veranstalteten sie beispielsweise mit der „Bruderschaft Hessen“ ein gemeinsames Zeltlager, beim „Gedenkmarsch“ im niedersächsischen Bad Nenndorf waren sie mit Aktivisten des Freien Netz Hessen unterwegs. Die eigenen Aktivitäten finden hauptsächlich in Osthessen statt. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass der 2012 neu gewählte Landesvorsitzende Martin Braun in Bad Hersfeld lebt. Den „Höhepunkt“ der Aktivitäten bildete der von der JN organisierte Aufmarsch in Hünfeld (Kreis Fulda) am 10. November 2012. Inhaltlich bezog man sich zwar auf den Fall der Mauer, die Ästhetik des Fackelmarschs ließ jedoch auch deutliche Verbindungen zum 9. November 1938, der Reichspogromnacht, zu.

Doch die hessische JN ist auch überregional bei Aufmärschen präsent, in einer kleinen Gruppe reisten sie z.B nach Bad Nenndorf oder zum „Tag der deutschen Zukunft“ nach Hamburg.

Auf Bundesebene hat die JN im vergangenen Jahr eine Schulhof CD erstellt und kostenlos vor Schulen verteilt. Die CD soll insbesondere Jugendliche ansprechen und für die Ideologie bzw. Organisation begeistern. Enthalten sind Lieder unterschiedlicher extrem rechter Bands und Projekte - neben klassischem Rechtsrock auch ein Liedermacher und ein HipHop-Projekt – sowie Werbefilme der JN. Das Booklet wirbt für die Aktivitäten der JN, die als „Abenteuer suchen“ und „Bewusst anders sein“ umschrieben werden. Mittlerweile ist die CD indiziert und darf nicht mehr verbreitet werden. Zuvor ist sie jedoch auch in Hessen verteilt worden, z.B. an einer Schule in Wetzlar und im Lumdatal.

Konkurrenz für die NPD? Die neue Partei „Die Rechte“

Als Christian Worch, langjährige Führungsfigur der deutschen Neonaziszene, Pfingsten 2012 die Partei „Die Rechte“ gründete, wollte er die Partei im politischen Spektrum zwischen NPD und der PRO-Bewegung positionieren. Ansprechen wollte er ehemalige DVU-Mitglieder, die gegen die Fusion mit der NPD waren sowie das Spektrum rechts der CDU und sich als gemäßigter und solider als die NPD präsentieren. Dann jedoch wurden im August drei Kameradschaften in Nordrhein-Westfalen verboten, die sich „gegen die verfassungsmäßige Ordnung“ gerichtet hätten. Als Verbotsgünde wurden Straf- und Gewalttaten sowie die positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus benannt. Keinen Monat nach den Verboten wurde in Dortmund ein Landesverband NRW der Partei Die Rechte gegründet – von genau den ehemaligen Mitgliedern der nun verbotenen Organisationen. Mittlerweile ist die Partei in NRW ein Sammelbecken der Kameradschaftsstrukturen und enttäuschter NPDler_innen. Von Mäßigung keine Spur: aggressiv und mit Parolen wie „Deutsche Bürger, stimmt mit ein, haltet eure Rasse rein“ und „Damals wie heute – Hitlerleute“ führen sie Aufmärsche durch und versuchen ihre Gegner_innen einzuschüchtern.

Der zweite Landesverband dieser Partei gründete sich in Hessen. Hier waren es NPD-Mitglieder, die die Partei im Streit verließen und nun die Chefs ihrer eigenen Organisation sind. Pierre Levien, der hessische Landesvorsitzende hatte noch im November für die NPD bei der Bürgermeisterwahl in Gelnhausen kandidiert. Im selben Monat gründete er die neue Partei in Hessen mit. Deren „Zentrum“ bildet der Main-Kinzig-Kreis, wo schon seit September ein Kreisverband besteht und wo auch der Gründungsparteitag stattfand. Nach Eigenangaben bestehen mittlerweile auch in der Wetterau, Gießen, dem Werra-Meißner-Kreis und Marburg-Biedenkopf Kreisverbände. Mitglieder gibt es jedoch bisher nur wenige und so sucht die Partei online neues Personal, „angeworben, direkt mit der Ambition, eine Führungskraft zu werden“. Diesen zukünftigen Führungspersonen könnte nur die eigenwillige Sprache der hessischen Rechten zum Problem werden: Sie sucht den Kontakt zu „Freinationalen“, will eine „Jugend-Jungorganisation“ gründen und sei „nicht bestrebt, den Wünschen, Mutmaßungen linksautonom oder Antifaschistisch motivierter politischer oder sonstiger Gegner in die Karten zu spielen, dass die Partei DIE RECHTE in Hessen, nationale Lager spaltet oder einen „Bruderkampf“ im Jahr 2013 gegen die, insbesondere hessische NPD, führen wird!“. Letzteres soll heißen, dass die Partei nicht bei den kommenden Landtagswahlen antreten wird, um der NPD keine Stimmen wegzunehmen.

Die Entscheidung gegen eine Wahlteilnahme dürfte jedoch eher der realistischen Einschätzung eigener Kapazitäten und Fähigkeiten geschuldet sein als dem Wohlwollen der NPD gegenüber. Das Verhältnis zwischen beiden Parteien ist äußerst angespannt, lange stand von Seiten der Rechten ein Abgrenzungsbeschluss im Raum. Während der Landesverband in NRW bereits auf eine relativ breite Basis von erfahrenen Aktivist_innen blicken kann, stellt sich die hessische Gliederung als ein wildes

Gemisch aus ehemaligen NPD-Querulanten, „Freinationalen“ und bisher unbekanntem Vorstandsmitgliedern dar. Aktivitäten lassen sich bisher kaum verzeichnen, auch den 1. Mai scheinen die Mitglieder nicht bei einem der Aufmärsche verbracht zu haben. Wie sich die Strukturen, Mitgliederzahlen und Aktivitäten weiter entwickeln, bleibt abzuwarten. Es scheint jedoch bereits Zusammenarbeit mit einzelnen Gruppen der „Freien Kräfte“ zu geben.

Keine Konkurrenz: REP und pro

So gut wie gar nicht von sich reden machen in Hessen die Republikaner (REP). Dabei haben sie auf kommunaler Ebene einige Mandate inne. In den Stadtverordnetenversammlungen Frankfurt, Wiesbaden, Bad Homburg, Offenbach, Hanau, Maintal, Fulda, Korbach und Erbach sind Abgeordnete vertreten, ebenso in den Kreistagen Main-Kinzing, Fulda, Hochtaunus, Waldeck-Frankenberg, Marburg-Biedenkopf und Odenwald. Zusätzlich verfügen sie über vier Ortsbeiratsmandate.

In die Öffentlichkeit trat dagegen im vergangenen Jahr in Frankfurt die Jugendorganisation der Partei, die Republikanische Jugend. Gemeinsam mit der pro-Jugend und der German Defense League veranstaltete sie in Ginnheim in der Nähe der Falah-Moschee eine anti-muslimische Kundgebung unter dem Motto „Freiheit statt Islam / Hasta la vista Salafista“. Der Vorsitzende Matthias Ottmar trat dabei als Anmelder und Redner auf.

Die REP möchten zur Bundestags- wie zur Landtagswahl antreten, müssen jedoch noch die Unterstützungsunterschriften sammeln. Auch die rechtspopulistische selbsternannte Bürgerbewegung pro Deutschland sammelt Unterschriften für ihre Zulassung zur Bundestagswahl. Ein in diesem Zusammenhang durchgeführter Infostand im Februar in Butzbach wurde angemeldet und mit betreut von einem Aktivist aus dem Umfeld der Old Brothers aus Echzell, der Gruppe, die „Gaskammerpartys“ durchführte, die Nachbarschaft terrorisierte und deren Mitglied Patrick W. Vor einigen Monaten unter anderem wegen Drogenhandels und Waffenbesitzes zu einer Haftstrafe verurteilt worden ist.

Sonderfall Freie Liste Biblis

Einen Sonderfall in Hessens extrem rechten Parteigefüge stellt die „Freie Liste Biblis“ (FLB) dar. Sie wurde 2001 von dem ehemaligen Republikaner Hans-Peter Fischer gegründet. Er hatte sich mit den REP zerstritten, weil er für eine Zusammenarbeit mit der NPD plädierte. Im Laufe der Jahre konnte die FLB ihre Wahlergebnisse bei Kommunalwahlen von 6 auf 22,7 Prozent steigern und hat seit 2011 fünf Mandate in der Bibliser Gemeindevertretung inne. Aus seinen Sympathien für die NPD macht Fischer auch heute keinen Hehl, die Texte der Internetpräsenz der FLB sind zum Teil direkt von der NPD übernommen. Sein Verhältnis zu den „Freien Kräften“ vor Ort, den Nationalen Sozialisten Ried, scheint ausgesprochen gut zu sein. Mit ihnen zusammen besuchte er zuletzt im April eine

Informationsveranstaltung zum Thema „Rechtsextremismus im ländlichen Raum“ in Biblis, wobei er während des gesamten Vortrags filmte.

Die Wahlerfolge der FLB scheinen auf den unauffälligen Namen zurückzuführen zu sein. Bei Wahlen, zu denen die FLB nicht antritt, kann die NPD trotz der inhaltlichen Nähe nicht auf diese Stimmen zugreifen. Kommt dieselbe Ideologie jedoch in einem anderen Gewand daher, sind keine Berührungsängste mehr vorhanden.

Also alles kein Thema?

Trotz der ausbleibenden Wahlerfolge und dem beschriebenen Zustand der rechten Parteien in Hessen, sollten sie nicht als bedeutungslos abgetan werden. Erfolge lassen sich nicht nur an Wahlergebnissen messen. Parteien wie die NPD tragen durch ihr Wirken und ihre Verankerung vor Ort zur Normalisierung menschenverachtenden Gedankenguts und dessen Verbreitung bei. Sie erreichen damit auch Jugendliche, nicht nur über ihre im engeren Sinne politischen Aktivitäten, sondern hauptsächlich durch alltagsweltliche Angebote: über das Internet, Musik oder ganz allgemein bestehende Netzwerke unter jungen Menschen. Und gerade hier ist die Verbindung zu den „Freien Kräften“ wichtig. Doch extrem rechte Aktivitäten entfalten auch Wirkung jenseits der Menschen, die gewonnen werden sollen. Denjenigen, die sich dagegen positionieren, und den Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen, entstehen daraus auch konkrete Gefahren und Einschränkungen.

Verena Grün arbeitet als Trainerin in der politischen Bildung und ist freie Journalistin im Bereich extreme Rechte.